

Braml, Josef M.

Research Report

Amerika vor dem Krieg: Welchen Rückhalt genießt die Bush-Administration in der eigenen Bevölkerung?

SWP-Aktuell, No. 8/2003

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Braml, Josef M. (2003) : Amerika vor dem Krieg: Welchen Rückhalt genießt die Bush-Administration in der eigenen Bevölkerung?, SWP-Aktuell, No. 8/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254420>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Amerika vor dem Krieg

Welchen Rückhalt genießt die Bush-Administration in der eigenen Bevölkerung?

Josef Braml

George W. Bush demonstrierte am 28. Januar in seiner Rede »Zur Lage der Nation« Führungskraft. Dennoch blieben Zweifel, ob die Amerikaner angesichts von allgemeiner Unzufriedenheit und Angstgefühlen dem Kurs ihres Präsidenten in Richtung Krieg gegen den Irak geschlossen folgen würden. Erst Außenminister Colin Powell gelang es mit seiner Präsentation vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar, die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit für die Irak-Politik der Administration wiederzugewinnen. Nach wie vor aber stehen die Amerikaner nicht einmütig hinter ihrem Präsidenten. Sein Rückhalt wäre noch schwächer, wenn die Entscheidung anstünde, über den Waffengang hinaus eine nachhaltige Politik der Demokratisierung und des Wiederaufbaus im Irak zu finanzieren.

Die Amerikaner sind unzufrieden. Die prekäre wirtschaftliche Lage sowie die Sorge, die ein möglicher Krieg gegen den Irak bereitet, drücken auf die Stimmung. Noch im Dezember 2001 lag die Zufriedenheitsrate unter dem Anschein eines erfolgreich geführten Kampfes gegen den Terrorismus in Afghanistan auf einer Höchstmarke von 70% (nur 28% waren unzufrieden). Seitdem ist sie drastisch gesunken. Anfang Februar 2003 erreichte die Unzufriedenheit ein ähnlich hohes Ausmaß wie kurz vor den Anschlägen des 11. September 2001: Nur 40% der Bevölkerung erklärten sich zufrieden, 58% gaben sich unzufrieden. Dies markiert einen auch für den Präsidenten besorgniserregenden Tiefststand in seiner bisherigen Amtszeit. Denn die »Zufriedenheit über den Verlauf der Dinge in den Vereinigten

Staaten« wird von politischen Beobachtern allgemein als wichtiger Indikator angesehen: Nimmt sie ab, zieht dies in der Regel auch eine schwindende Zustimmung zur Amtsführung des Präsidenten nach sich. Tatsächlich reflektiert Bushs abnehmende Popularität diesen Abwärtstrend.

Eine genauere Analyse verdeutlicht überdies, daß nicht nur die lahrende Wirtschaft an Bushs Beliebtheit zehrt, sondern daß auch sein Ansehen als Oberster Befehlshaber ins Wanken geraten ist. Diese Stimmungslage ist um so problematischer, als sich in der Bevölkerung neben der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung immer stärker Kriegsängste artikulieren, die zusätzlich verunsichernd wirken.

Gleichwohl hält sich die Rate der Zustimmung zu den Maßnahmen des Präsi-

dentem im Kampf gegen den Terrorismus mit 71% (Gallup-Umfrage vom 31. Januar bis 2. Februar) auf einem sehr hohen Niveau. Und nach wie vor attestieren drei Viertel der Amerikaner ihrem Präsidenten persönliche Führungsstärke (Gallup-Umfrage vom 10. bis 12. Januar 2003).

Das bisherige Thema Nummer eins – der Terrorismus – wird jedoch überschattet von den Befürchtungen, die ein möglicher Waffengang gegen den Irak hervorrufen. Eine Gallup-Umfrage im Januar 2003 lieferte deutliche Indizien dafür, daß die Amerikaner neben wirtschaftlichen Sorgen vor allem Kriegsängste plagten (31%); nur noch 10% nannten den Terrorismus als wichtigstes Problem.

Dies zeigt aber auch, daß die amerikanische Bevölkerung deutlich zwischen Terrorismus und Irak differenziert. Entgegen der amtlichen Lehre, daß der Krieg gegen den Irak die Terrorismusgefahr verringere, äußerten Meinungsführer und Sicherheitsexperten Bedenken, daß im Gegenteil ein Angriff auf den Irak terroristische Anschläge auf das Heimatland provozieren könnte. Dieses von einigen Experten befürchtete *worst case*-Szenario stellt ein außerordentliches Risiko für den Präsidenten dar: gründet sein Ansehen doch in erster Linie auf der erfolgreichen Verhinderung weiterer terroristischer Angriffe auf das nationale Territorium der USA.

Der Präsident und seine Berater sind sich dieses hohen Risikos wohlbewußt. Vor der Ansprache des Präsidenten zur Lage der Nation zeichnete sich ab, daß viel von der Art und Weise abhängen würde, wie Bush Amerika auf einen Waffengang gegen den irakischen Diktator einstimmt. Dem Präsidenten war klar, daß er einerseits die Präferenz seiner Landsleute berücksichtigen mußte, wenn möglich im Einklang mit der Völkergemeinschaft zu handeln. Andererseits war aber abzusehen, daß er im Falle einer nachweislichen terroristischen Verbindung Iraks auch für einen unilateral geführten Krieg gegen Saddam auf die volle Unterstützung seiner Bevölkerung zählen konnte.

Irak = Terrorismus?

Es kommt deshalb nicht von ungefähr, daß Bush in seiner Ansprache einmal mehr versucht hat, die Themen Irak und Terrorismus illustrativ zu assoziieren: »Stellen Sie sich diese 19 Luftpiraten mit anderen Waffen und anderen Plänen vor – dieses Mal von Saddam Hussein bewaffnet. Eine Phiole, ein Kanister, eine in dieses Land geschmuggelte Kiste würde ausreichen, einen Tag des Grauens zu veranstalten, wie wir ihn noch nie erlebt haben.« Nach Auffassung des Präsidenten ist diese reale Gefahr nur durch präventives Handeln abzuwehren. Bush erteilte der bisherigen Sicherheitsstrategie der Eindämmung erneut eine eindeutige Absage: »Dem gesunden Menschenverstand und der Zurückhaltung Saddam Husseins zu vertrauen ist weder eine Strategie noch eine Option.« Der Präsident stellte in seiner Rede vor allem jene Szenarien in den Mittelpunkt, die auch in den Augen der amerikanischen Bevölkerung einen Waffengang rechtfertigen würden (siehe Tabelle).

Tabelle
Rechtfertigungen für Krieg

<i>Wenn es gelänge, überzeugende Beweise für folgende Tatbestände zu erbringen, hätten die Vereinigten Staaten dann Ihrer Meinung nach eine Rechtfertigung, militärisch gegen den Irak vorzugehen?</i>		
	Ja (%)	Nein (%)
Irak behindert die UN-Waffeninspektoren	76	22
Irak hat Anlagen zur Herstellung, aber bislang noch keine Massenvernichtungswaffen	60	37
Irak besitzt biologische und chemische Waffen	85	14
Irak ist im Besitz von Nuklearewaffen	85	14
Irak hat Verbindungen zu Osama bin Ladens Terrororganisation al-Qaida	86	12

Quelle: Gallup, 31.1.–2.2.2003.

Ausweg aus der UN-Inspektionsfalle

Der Präsident hatte also in seiner Ansprache zur Lage der Nation nicht unvermittelt die nationale Bedrohung mit kräftigen rhetorischen Mitteln heraufbeschworen. Schließlich wählte er sich in der sogenannten UN-Inspektionsfalle: Indem Bush vom UN-Sicherheitsrat mehr oder weniger die Resolution (1441) erhielt, die er gewollt hatte, war er von da an im Umgang mit dem Irak in die Rahmenbedingungen der Weltorganisation eingebunden.

Für neokonservative Meinungsführer wie William Kristol und Robert Kagan war das Ausmaß überaus besorgniserregend, in welchem dem US-Präsidenten durch die UN-Resolution die Kontrolle über amerikanische Außenpolitik nicht nur entzogen, sondern auch noch in die Hände derer gespielt worden war, die nicht wie Bush einen Regimewechsel im Irak herbeiführen wollten. Nach ihrer Ansicht wurde mit Resolution 1441 die Zielsetzung eines Regimewechsels im Irak abgeschwächt und auf die Entwaffnung des Regimes beschränkt. Die Inspektionsbedingungen seien zudem in den diplomatischen Verhandlungen aufgeweicht worden. Waren die Sorgen zunächst gerichtet auf die »klare und unmittelbare Gefahr durch einen aggressiven Diktator, der im Begriff ist, Nuklearwaffen zu entwickeln«, würden sie in der aktuellen Diskussion nur noch der Frage gelten, ob die Waffeninspektoren bei ihrer Arbeit behindert werden.

Nach neokonservativer Auffassung sind Inspektionen generell unwirksam, unabhängig von Saddams Verhalten. Deswegen, so Kristol und Kagan, »lag Bush von Anfang an richtig, indem er auf einem Regimewechsel im Irak bestand«. Der Präsident wisse um diese »fundamentale Wahrheit«, aber die Administration betreibe eine Politik, die sie bewusst leugne und verberge. Und je weiter man auf diesen Abweg geriete, desto hoffnungsloser würden die klaren Konturen des konservativen Weltbildes (»our vision«) – für deren Entwurf der Präsident so hart gearbeitet habe – vernebelt.

Der US-Präsident mußte folglich einen Ausweg aus dieser multilateralen »Inspektionsfalle« finden. Dabei konnte er zunächst die eindeutige Präferenz seiner Landsleute nicht außer acht lassen, die Mitte Januar in einer *PSRA/Newsweek*-Umfrage mit großer Mehrheit (81%) nur dann eine Militäraktion gegen den Irak befürworteten, wenn sie von den wichtigsten Alliierten unterstützt und mit einem vollen Mandat des UN-Sicherheitsrates legitimiert würde. Die Mehrzahl der Amerikaner (52%) lehnten militärisches Vorgehen mit nur zwei wichtigen Verbündeten ohne Mandat der UN ab (nur 39% der US-Bevölkerung hätten diese Option gebilligt). Mehr noch: Weitere Umfragen verdeutlichten, daß die Vereinten Nationen in der Irakfrage ebensoviel Vertrauen genossen wie US-Präsident Bush (*Gallup*-Umfrage vom 23. bis 25. Januar 2003).

Insofern mußte der Oberste Befehlshaber den Umweg über New York wählen, um nach Bagdad zu gelangen. Zudem war klar, daß nicht er selbst, sondern sein Außenminister der Wegbereiter sein würde. Entsprechend hatte Bush bereits in seiner Rede zur Lage der Nation am 28. Januar angekündigt, Colin Powell mit dieser Mission zu betrauen. Der US-Außenminister genießt schließlich in der Irak-Frage nicht nur bei der internationalen, sondern auch bei der nationalen Öffentlichkeit mehr Glaubwürdigkeit als der Präsident.

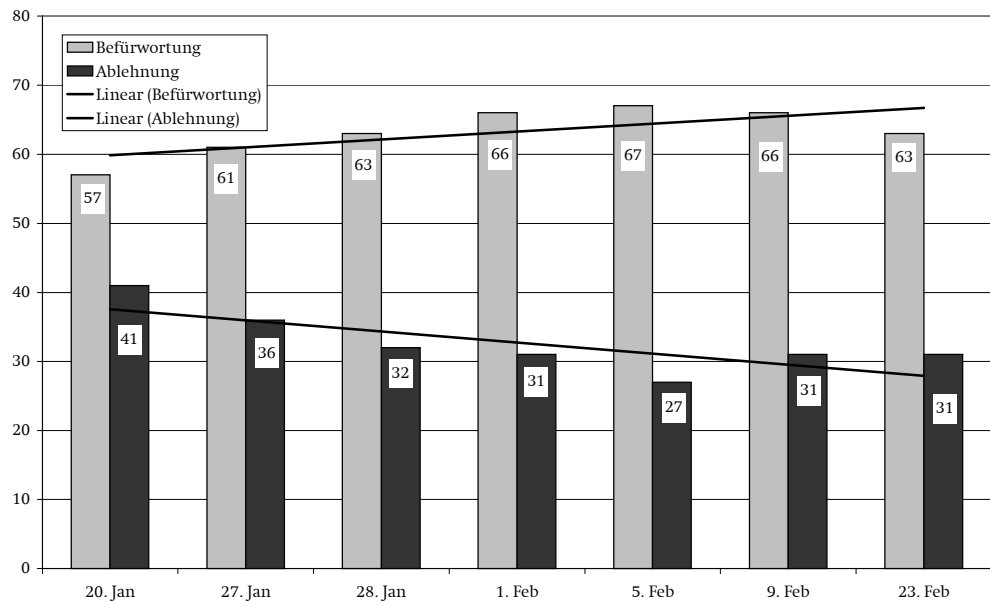
Der Powell-Faktor

Colin Powell war vor eine immense Herausforderung gestellt, die er dann auch nicht vollauf bewältigte. Auch nach seiner Präsentation vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar war die Mehrheit der Amerikaner nicht davon überzeugt, daß das Damoklesschwert des irakischen Tyrannen über ihnen schwebte. Laut einer *Gallup*-Umfrage vom 7. bis 9. Februar sahen 36% im Irak eine unmittelbare Gefahr, 56% eher eine langfristige.

Dennoch befürworteten zwei Drittel der Bevölkerung Militäraktionen gegen den

Abbildung

Anteile der Befürworter und Gegner einer Militäration gegen den Irak, 20.1.2003–23.2.2003



© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Quelle: *Washington Post & ABC News*.

Irak. Ganz offensichtlich wurde die vom Präsidenten in seiner Rede zur Lage der Nation in Gang gesetzte Dynamik des *rally around the flag* durch Powells Vortrag vor dem UN-Sicherheitsrat verstärkt (siehe Abbildung).

Ein deutlicher Trend zeichnete sich ab: Am 20. Januar betrug die Differenz zwischen dem Anteil der Befürworter und Gegner eines Waffengangs nur 16%. Nach der Ansprache des Präsidenten zur Lage der Nation und dem UN-Auftritt seines Außenministers vergrößerte, ja verdoppelte sich dieser Wert auf 35%. Mit anderen Worten: Der Anteil der Kriegsbefürworter stieg, während analog jener der Kriegsgegner merklich gesunken ist. Selbst wenn es keine weitere Rückendeckung der Vereinten Nationen geben wird, kann sich der amerikanische Präsident im Falle eines Angriffs gegen den Irak nunmehr auf die Mehrheit (57%) seiner Bevölkerung stützen, jedenfalls solange auch Verbündete wie Großbritannien, Australien und Italien Unterstützung leisten (laut einer Umfrage der *Washington*

Post und von *ABC News* vom 23. Februar 2003).

Rolle der UN

Die große Mehrheit der Amerikaner (65%) hätte auch nichts gegen eine aktive US-Führungsrolle in einer Post-Saddam-Ära im Irak – solange sie nicht viel kostet. Das Szenario einer mehrjährigen Stationierung von 50 000 Soldaten im Irak, mit einem finanziellen Aufwand von 15 Milliarden Dollar pro Jahr, würden 56% der Bevölkerung ablehnen (*Washington Post*- und *ABC News*-Umfrage vom 11. Februar 2003). In dieser längerfristigen Perspektive bleibt im Hinblick auf ein erforderliches *burden sharing* die Legitimation und Beteiligung der Völkergemeinschaft nach wie vor wichtig. Und in dieser Hinsicht könnte auch eine Koalition der Zahlungswilligen wieder mehr Gehör und Beachtung in Washington finden.